

## Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 13.06.2023

---

### Öffentlicher Teil

**TOP . Angebote für Kinder und Jugendliche in den Sozialräumen Zentrum/Remberg und Altenhagen**  
0091-1/2023

**zur Kenntnis genommen**

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Engelhardt begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Dreyer.

Frau Dreyer stellt die besonders wichtigen Inhalte der Vorlage vor.

Sie macht deutlich, dass man es im Moment noch schaffe, die Angebote für die Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen bedarfsgerecht zu gestalten. Das gelänge, weil man Menschen in den Sozialräumen habe, die diese Angebote mit einem weit überdurchschnittlichen Engagement betrieben. Eigentlich bräuchte man für diese Arbeit viel mehr Menschen. Durch die Corona-Pandemie hätten sich die Bedarfe noch einmal gesteigert. Sowohl aus den Schulen, als auch aus den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bekomme man das Feedback, dass es eine erhöhte Gewaltbereitschaft bei den jungen Menschen gebe. Viele psychische Auffälligkeiten müssten aufgefangen werden. Das sei mit den vorhandenen Mitteln kaum noch möglich. Es sei wichtig, die Angebote zu den Menschen zu bringen. Man benötige in diesen Sozialräumen die aufsuchende Arbeit.

Ihr sei wichtig, darauf hinzuweisen, dass man es im Moment gut schaffe, abteilungsübergreifend und fachbereichsübergreifend Angebote zu schaffen. Sie wolle sich in dem Zusammenhang ganz herzlich bei den Freien Trägern\*innen der Jugendhilfe bedanken, die es möglich machten, immer unkompliziert zu schauen, was die Bedarfe seien und wie man gut zusammenarbeiten könne.

Herr Fischer sei in seinem Vortrag bereits darauf eingegangen, wie man die Netzwerkstrukturen aufrecht erhalten könne. In beiden Sozialräumen gebe es sogenannte Sozialraumteams, die durch die Bezirksjugendarbeiter\*innen koordiniert würden. Diese seien in ihrer Abteilung angesiedelt. Dort treffe sich vor allen Dingen die operative Ebene. So könne ein guter Austausch stattfinden und die Angebote entsprechend koordiniert werden, damit sie aufeinander abgestimmt seien.

Wichtig sei ihr, zu betonen, dass man den Jugendrat immer mit einbeziehe. Dieser funktioniere ausgezeichnet. Er präsentiere sich regelmäßig im Jugendhilfeausschuss. Es fänden entsprechend in den einzelnen Stadtteilen Jugendforen statt, so dass die Bedarfe der jungen Menschen dort abgedeckt würden.

An der Stelle wolle sie auch mitteilen, dass die Projektförderung eines ihrer größten Probleme sei. Die Planung sei sehr schwierig, weil man immer wieder nur eine projektbezogene Jahresförderung habe. Das gelte für einige Bereiche. Die ganze Koordination liege bei der Bezirksjugendarbeit. Man spüre, dass man langsam an seine Grenzen

komme. Es wäre wünschenswert, Menschen zu haben, die dabei helfen würden, zu koordinieren.

Auf eine Frage von Frau Engelhardt macht Frau Dreyer deutlich, dass hauptamtliche Koordinatoren\*innen benötigt werden. Die Probleme und Bedarfe seien sehr groß. Es werde viel Fachwissen benötigt, um das entsprechend aufzufangen. Es sei ein hoher Aufwand, die Menschen zu vernetzen und alles zu koordinieren. Es gebe im Moment drei Bezirksjugendpflegerinnen, die alle einen tollen Job machten. Sie merkten jedoch, dass die Dinge nicht mehr bedarfsgerecht umgesetzt werden können. Man habe in den betroffenen Stadtteilen einen viel höheren Koordinationsaufwand als noch vor einigen Jahren.

Frau Köppen bedankt sich für die Erläuterung des Berichts, den man bereits im Jugendhilfeausschuss gehört habe. Von dort sei die Anregung gegeben worden, diesen auch hier im Ausschuss vorzustellen.

Sie finde das auch wichtig und richtig und wolle das auch an dieser Stelle begründen. Es sei deutlich geworden, dass vieles zu vielem passe. Die Antwort, die Frau Dreyer gegeben habe, passe zu den Fragen, die man in der Dokumentation zu den Handlungsempfehlungen gestellt habe. Es werde deutlich, dass sich Dinge weiter entwickelten. Dem Jugendhilfeausschuss sei es wichtig gewesen, dass in den Quartieren nicht nur immer dann hingeschaut werde, wenn etwas nicht klappe. Es gehe darum, zu schauen, welche Potentiale in den Quartiere schon steckten und was weiterentwickelt werden müsse. Es sei allen Beteiligten klar, dass es wichtig sei, durch diese vielen außerschulischen Angebote tatsächlich auch an Integration zu arbeiten. Integration sei der Schlüssel zu einem friedvollen gewaltfreien Miteinander. Sie könne die Hinweise auf die Notwendigkeit einer hauptamtlichen Koordinierungskraft von Frau Dreyer nur unterstützen. Das müssten die Ratsmitglieder in die Haushaltsplanberatungen mitnehmen, um eine solche Stelle langfristig zu etablieren. Nur so könne es gelingen, Quartiere zu entwickeln, die gut funktionierten.

Herr Schmidt erklärt, dass er sich seiner Vorrednerin Frau Köppen ausdrücklich anschließen und seinen Dank aussprechen wolle. Er fragt Frau Dreyer, ob aus ihrer Sicht mit den Verantwortungsträgern beim Land kommuniziert würde und wenn ja, ob das ausreiche. Sei es eine Aufgabe für die Politik, als Multiplikatoren zu arbeiten? Wünsche man sich da mehr Engagement von der Politik?

Frau Soddemann erklärt, dass sie die Antwort übernehme, da das nicht nur für den Bereich von Frau Dreyer gelte, sondern für ihren gesamten Vorstandsbereich. Man könne die Politiker bitten, dafür zu werben, dass sie auf ihrer Ebene in ihren Parteien und in ihren Strukturen mit dafür sorgten, dass man an bestimmten Stellen eine strukturierte Unterstützung bekomme und dass man den Akteuren vertraue, dass sie wüssten, wie das Geld sinnvoll verausgabt werde. Die zu erstellenden Nachweise im Rahmen der Projektförderung seien unabhängig von dem Antragswesen mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Das sei nicht zu unterschätzen.

Es werde darum gehen, dass es gelänge, in den bekannten Quartieren möglichst projektunabhängig entsprechende Koordinationsfunktionen zu schaffen. In einem Quartier gebe es eine Vielzahl von verschiedenen Dingen in einem Quartier. Die beiden Planer bereiteten entsprechend Grundlagen dafür vor, um quartiersbezogen zu schauen. Es

brauche da fach- und themenspezifisch übergreifend die Möglichkeit, das fest zu verankern. Es wäre ein großer Wunsch, dass man das irgendwann aus einer Projektförderung heraus bekomme. Da benötige man auch die Unterstützung der Politik. Wenn man das gut mache, habe das einen entsprechend positiven Effekt.

Wie man heute gehört habe, müsse man an bestimmten Stellen Schwerpunkte setzen.

Herr Meier stellt fest, dass der Appell sicher auch ein Stückweit an sie als Ratsmitglieder gehe. Wenn man über den Rat Anträge stelle, könne das in Richtung Land gehen. Man solle eventuell auch die Landtagsabgeordneten in die Pflicht nehmen.

Strukurförderung gebe es auch in anderen Bereichen wie beispielsweise in Dortmund in der sozialen Wohnraumbeschaffung. Es stelle sich die Frage, warum man das nicht auch mal in Hagen in Anspruch nehmen könne. Das wäre sehr hilfreich. Man verspüre eine Aufbruchstimmung, die man auch dem heutigen Bericht habe entnehmen können. Es bleibe festzuhalten, dass die Not in den schwierigen Stadtteilen groß sei. Man spüre aber, dass das Engagement der dort Tätigen ebenfalls sehr groß sei. Es gebe dort eine hohe Motivation. Man habe im Bereich der Jugendhilfe Defizite, wenn er an die ganzen fehlenden Kita-Plätze denke. Diese würden als erste Stufe gebraucht, um Kinder von der Straße zu holen. Da müsse man dringend ansetzen. Man könne nur ermutigen, den Weg weiter zu beschreiten. Man wolle das auch von politischer Seite mit aller Macht unterstützen. Es sei zwingend erforderlich.

Frau Köppen regt an, den Bericht auch dem Integrationsrat vorzustellen. Der Blick von Familien mit internationaler Familiengeschichte auf die Angebote im Quartier könnte auch noch einmal Hinweise auf mögliche Bedarfe geben.

Frau Engelhardt erklärt, dass sie den Vorschlag unterstütze.

Herr Meier hält das für eine ausgezeichnete Idee. Bei seinen Besuchen in den Stadtteilen seien ihm die enormen Sprachprobleme aufgefallen. Das sei ein sehr großes Thema. Ein weiteres Thema sei die fehlende Zugänglichkeit zum Internet. Viele dieser Menschen hätten keinen Computer. Viele Dinge liefen nur über den Computer. Da seien diese Menschen dann völlig hilflos. Er beschreibt die Situation, dass in der Coronazeit der Zugang zum Jobcenter gesperrt gewesen sei. Es gebe keine analogen Vordrucke mehr, weil alles über den Computer abgewickelt werde. Das könnten diese Menschen dann nicht leisten. Mit diesen Problemen seien die Kolleginnen und Kollegen vor Ort seinerzeit noch zusätzlich belastet gewesen.

Frau Soddemann hebt hervor, dass sie es bemerkenswert fände, dass sich junge Leute im Jugendrat dafür einsetzen, dass man in den Jugendzentren Lese-, Medienecken und Lernorte einrichte. Sie sorgten dafür, dass andere junge Leute Zugang zum Internet bekämen. Das seien zwar nur kleine Bausteine, aber es zeige die Motivation der Betroffenen. Sie befürworte den Vorschlag, den Bericht auch im Integrationsrat vorzustellen, um die Betroffenen zu Beteiligten zu machen und sie zu unterstützen, selber Engagement zu entwickeln. Gerade die jungen Leute in ihrer Vielfalt seien ein gutes Beispiel dafür.

Sie berichtet von einem anderen Beispiel, dass der Jugendrat über eine Suppenküche nur für Jugendliche nachdenke, die sie selbst für andere Jugendliche organisieren wollen. Das zeige, dass die jungen Menschen über die Begleitung des Jugendrates gewon-

nen werden könnten. Das von Herrn Meier angesprochene Problem der Sprache sei erheblich, da Sprachförderangebote nur begrenzt zur Verfügung stünden. Da habe Corona auch Einschnitte gebracht, weil Kurse nicht stattfinden konnten. Es gebe eine interne Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung, in der man sich aktuell dezernatsübergreifend neu mit dem Thema befassen wolle. Man habe im Vorstandsbereich 3 vereinbart, systematisch die Sprachförderung in diese Gruppe einzubringen. Man wolle im Rahmen der Bezirksbezogenen Arbeit schauen, welche Angebote man eigentlich habe. Es gebe viele einzelne Angebote und es stelle sich die Frage, wie die verbunden seien. Man finde hier hoffentlich Möglichkeiten, etwas zu optimieren und anderes Engagement zu erzeugen. Sprache sei der Schlüssel zur Teilhabe. Man benötige eine Systematik bei begrenzten Ressourcen.

Frau Dreyer erklärt, dass sie in dem Zusammenhang gern ein neues, gerade bewilligtes Projekt vorstellen wolle. Man werde eine neue offene Kinder- und Jugendarbeit in der Volmegalerie eröffnen, die einen anderen Schwerpunkt habe. Sie richte sich mehr an ältere Jugendliche und junge Erwachsene. Der Schwerpunkt der Arbeit in der Volmegalerie werde sein, die jungen Menschen genau bei diesen Problematiken zu begleiten und sie an die richtigen Stellen zu lotsen. Gleichzeitig werde es dort Hardware und Wlan geben, so dass die jungen Menschen sich dort ohne Konsumzwang aufhalten und die Strukturen der Stadt Hagen nutzen könnten.

Sie gehe davon aus, dass das ein sehr wertvolles Angebot sein werde. Man hoffe, im August oder September eröffnen zu können.

Herr Groening berichtet auf Wunsch von Frau Sauerwein, dass es derzeit so aussehe, dass die Wohn- und Pflegeberatung komplett in der Volmegalerie untergebracht werde könne. Das sei ihm ein Anliegen und er halte das für eine elegante Lösung.

Frau Engelhardt stellt fest, dass man den Bericht zur Kenntnis nimmt.

**Beschluss:**

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen